

II-1376 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

3.5.1968

592/A.B.

zu 608/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundeskanzlers Dr. K l a u s
auf die Anfrage der Abgeordneten M e l t e r und Genossen,
betreffend Familienlastenausgleich.

-.--.-.-

Die Abgeordneten zum Nationalrat Melter, Peter und Genossen haben am
14. März 1968 unter Nr. 608/J an mich eine Anfrage, betreffend Familien-
lastenausgleich, gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Mit EntschlieÙung des Nationalrates vom 24. Oktober 1967 wurde die
Bundesregierung aufgefordert, die geltenden Bestimmungen über die Aufbrin-
gung der Mittel für den Familienlastenausgleich zu überprüfen und Vorschlä-
ge zu erstatten, die unter Berücksichtigung der Finanzkraft der verschie-
denen Gruppen der Bevölkerung zu einer Steigerung der Einnahmen im Interesse
eines weiteren Ausbaues des Familienlastenausgleichs führen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-
kanzler die

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen wurden bisher ergriffen, um im Sinne der oben ange-
führten EntschlieÙung des Nationalrates den Familienlastenausgleich weiter
auszubauen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Die EntschlieÙung des Nationalrates vom 24. Oktober 1967, Zl. E 84-NR,
wurde dem Bundesministerium für Finanzen zur zuständigen weiteren Behand-
lung übermittelt. Dieses hat im Hinblick darauf, daß sich die Bestimmungen
über die Aufbringung der Mittel für Zwecke des Familienlastenausgleiches
schon bei Werdung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 als eine außer-
ordentlich schwierig zu regelnde Materie erwiesen haben, zur Beratung des
Bundesministers für Finanzen eine Kommission geschaffen, in die folgende
Körperschaften Vertreter entsendet haben:

Verbindungsstelle der Österr. Bundesländer,
Österreichischer Städtebund,
Österreichischer Gemeindebund,
Bundeskammer der gewerbl. Wirtschaft,
Bundeskonferenz der Freien Berufe Österreichs,
Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs,
Österreichischer Arbeiterkammertag,
Österreichischer Landarbeiterkammertag,
Österreichische Kinderfreunde,
Dr. Kummer-Institut für Sozialpolitik und Sozialreform,

592/A.B.

- 2 -

zu 608/J

Katholischer Familienverband Österreichs,
Österreichischer Familienbund,
Österreichischer Gewerkschaftsbund.

Die erste Sitzung der Kommission fand am 25. März 1968 im Bundesministerium für Finanzen unter Vorsitz von Bundesminister Prof. Koren statt. In dieser Sitzung wurde mit Stimmeneinhelligkeit der Beschluß gefaßt, die Mitglieder der Kommission einzuladen, Vorschläge zu erstatten, wie die Mittelaufbringung für Zwecke des Familienlastenausgleiches verbessert werden kann.

Es muß nunmehr die für die Erstattung dieser Vorschläge gesetzte Frist (20. Mai 1968) und die Bearbeitung der eingelangten Vorschläge in einer neuerlichen Sitzung der Kommission abgewartet werden, bevor gesagt werden kann, welche Maßnahmen seitens der Bundesregierung im Sinne der eingangs zitierten EntschlieÙung des Nationalrates getroffen werden.

-.-.-.-.-